

2299/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dolinschek, Mag. Haupt
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend mangelhafte Begründung von Rückforderungsbescheiden des Arbeitsmarktservice
Anhand eines konkreten Falles wurden die Fragesteller darauf aufmerksam, daß das Arbeitsmarktservice bei der Rückforderung zuviel bezahlter Leistungen für die Betroffenen unverzüglich vorgeht: Die Aufforderung zur Rückzahlung der zuviel ausbezahlten Leistung wird vier Tage vor dem ihr zugrundeliegenden Bescheid ausgefertigt, diese Aufforderung enthält zudem nur einen nicht nachvollziehbaren Gesamtbetrag (weder werden Angaben über den Zeitraum der Rückforderung, noch rechnerische Grundlagen angegeben), dennoch ist aber eine Rückzahlung binnen 14 Tagen vorgesehen. Auch der darauffolgende Bescheid enthält überwiegend eine Aufzählung für den Laien nichtssagender Gesetzesstellen, geht auf den Einzelfall aber nur mit einem einzigen Satz ein. Neben dem schon in der Zahlungsaufforderung genannten Gesamtbetrag ist nur noch eine zeitliche Abgrenzung des Rückzahlungszeitraumes enthalten, das Nachvollziehen der dem Gesamtbetrag zugrundeliegenden Berechnung ist aber auch danach nicht möglich. Erst der im Berufungsverfahren erteilte Bescheid nennt die betraglichen Einkommensgrenzen, das Einkommen, von dem das Arbeitsmarktservice bei seinem Bescheid ausgegangen ist und geht auf die Details des Einzelfalles ein.
Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Meinung, daß durch ein derartiges Vorgehen, das die Berechtigung der Rückforderung für den Betroffenen nicht nachvollziehbar macht, unnötige Rechtsmittel geradezu provoziert werden; sie richten daher an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales die nachstehende Anfrage:

1. Ist es üblich, (ehemaligen) Leistungsbeziehern nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz noch vor dem entsprechenden Bescheid die Aufforderung zur Rückzahlung einer zuviel bezahlten Leistung zuzustellen?
2. Ist die Rückzahlungsfrist von 14 Tagen gesetzlich gedeckt, wenn die Rückzahlungsaufforderung noch vor dem Bescheid zugestellt wird, der ihre Grundlage darstellt?
3. Aus welchem Grund enthalten Bescheide über die Rückzahlung von Leistungen keine nachvollziehbaren Berechnungsgrundlagen?
4. Halten Sie es für verwaltungsökonomisch sinnvoll, die Adressaten von Bescheiden durch derart mangelhafte Begründungen zu Rechtsmitteln geradezu zu nötigen?
5. Gegen wieviele Bescheide, die eine Rückzahlungspflicht des Leistungsempfängers beinhalten, wurden 1996 Berufungen eingebracht?
6. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Qualität der Begründungen im Bereich der Arbeitslosen- und auch der Sozialversicherung so weit zu verbessern, daß es den Empfängern von Bescheiden sowohl dem Grunde als der Höhe nach ohne detaillierte Gesetzeskenntnis ermöglicht wird, die darin enthaltene Entscheidung nachzuvollziehen?